

01 16 KEF 17-20 – Konto 5300 – KEF Erklärung 19

Frau Präsidentin, (Herr Regierungspräsident),
Frau Regierungsrätin,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Wir alle wissen: Die Debatten über die KEF-Erklärungen dienen ja vor allem einem einzigen Zweck: Zeichen und Signale zu setzen. Und je grösser der Betrag, so könnte man meinen, desto wichtiger das Zeichen. Hier bei diesem Antrag ist es aber nicht so, hier ist das Signal das ausgesendet wird, gewissermassen umgekehrt proportional zum Betrag, um den es geht.

Es geht um 150'000 Franken im Budget des AWA. Ein zugegebermassen kleiner Betrag, also was soll's, warum soll man da gross opponieren? Allerdings: Der Betrag betrifft einen politisch höchst sensiblen Bereich, es geht hier um die Umsetzung der Bilateralen Verträge, genauer: Es geht um die Kontrollen der flankierenden Massnahmen.

Zur Erinnerung: Die Bilateralen Verträge basieren auf einem grossen innenpolitischen Kompromiss zwischen links und recht, zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitgebern, der da lautet: Wirtschaftliche Öffnung des Landes und Einführung der Personenfreizügigkeit bei gleichzeitigem Schutz der hiessigen Arbeitnehmer durch flankierende Massnahmen.

Über viele Jahre hat dieser grosse, innenpolitische Kompromiss auch leidlich funktioniert. Doch leider müssen wir feststellen, dass er auf bürgerlicher Seite langsam immer weniger mitgetragen wird, eben wenn es zum Beispiel um die Kontrollen der flankierenden Massnahmen geht.

Sie sagen im Antrag zwar, wir wollen die Zahl der Kontrollen nicht reduzieren. Sie wollen also einmal mehr das Bisherige aber für weniger Geld. Klar, man kann sicherlich die gleiche Zahl von Kontrollen durchführen, dafür sind diese dann halt nicht ganz so genau, gehen nicht ganz so in die Tiefe. Es leidet dann zwar nicht die Quantität der Kontrollen, aber es leidet die Qualität der Kontrollen. Es sind dann zwar nicht weniger Kontrollen, aber es sind weniger wirksame Kontrollen.

Aber wie auch immer: Es geht ja hier eben vor allem um das Signal, das dieser Antrag aussendet. Es ist dabei nicht dieser Antrag für sich alleine, das ist nicht das Problem, diese 150'000 Franken bringen die Bilateralen Verträge nicht zum Einsturz. Das Problem ist das Muster, das dahinter steckt: Sie haben schon bei der Lohndumping-Initiative gezeigt, dass Sie für den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wenig übrig haben. Sie zeigen es hier erneut. Ihre Parteikolleginnen und -kollegen zeigen dies immer wieder bei Gesetzesvorlagen in Bern. Sie senden andauernd Signale aus, dass sie nicht mehr bereit sind, ihren Teil des Kompromisses einzuhalten.

Vergessen Sie nicht, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, viele kleine Signale ergeben dann mit der Zeit halt ein grosses. Wenn sich dieses Muster fortsetzt, wenn es sich verdichtet, werden wir uns auf der linken Seite schon bald einmal die Frage stellen müssen, ob der seinerzeitige Deal noch Wert ist, gestützt zu werden oder nicht. Diese Diskussionen gibt es schon jetzt. Ich hoffe, es ist jenen unter Ihnen, die hinter den Bilateralen Verträgen stehen, klar, was es bedeutet, wenn dann irgendwann neben den Isolationisten rechts auch die Linke, die Gewerkschaften die Bilateralen Verträge nicht mehr mittragen wollen. Viel Glück dann, bei der Organisation einer neuen Mehrheit für den bilateralen Weg.

Dass die SVP mit einem solchen Antrag keine Mühe hat, ist klar. Sie sähe ja die Schweiz sowieso am liebsten als Insel ohne Personenfreizügigkeit und Bilaterale Verträge und sie hat sowieso stets Sinn und Zweck von Flankierenden Massnahmen bezweifelt und abgelehnt.

Aber Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der FDP und den Mitteparteien, die den Kompromiss mitgetragen haben, der die bilateralen Verträge erst möglich machte: Sie sollten sich überlegen, ob sie hier wirklich das Signal – einmal mehr das Signal aussenden wollen, dass Ihnen der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weniger Wert ist als diese 150'000 Franken, die sie hier einsparen wollen. Sie können das tun, sie werden das tun, ich mache mir da keine Illusionen – aber bedenken sie, dass manchmal kurzsichtige, kleinkrämerische Entscheide langfristig grosse unerwünschte Folgen haben können. Nehmen Sie das bitte nicht auf die leichte Schultern.

Lehnen Sie diese KEF-Erklärung ab. Ich danke Ihnen.